



Der Geschäftsführer der ZAK GmbH, Karl-Heinz Lumer (li.) mit seinen Gästen und Gesprächspartnern (v.li.n.r.) MdB Stephan Thomae, MdB Nicole Bauer und Frank Häring, Vorsitzender der FDP Kempten.

Foto: Abgeordnetenbüro Nicole Bauer

Smarte grüne Technologie

FDP Bundestagsabgeordnete zu Besuch beim ZAK

Kempten – Die beiden FDP-Bundestagsabgeordneten Stephan Thomae und Nicole Bauer suchten mit dem Geschäftsführer des Kemptener Zweckverbands Abfallwirtschaft (ZAK), Karl-Heinz Lumer, das Gespräch zum Thema grüner Wasserstoff. Der örtliche FDP-Kreisvorsitzende Frank Häring begleitete die Abgeordneten.

Lumer berichtete, dass eine Machbarkeitsstudie in der Region zu einem Wasserstoff-Elektrolyseur ergeben habe, dass Kempten als Standort räumlich und technisch geeignet sei. Den „grünen“ Strom produziere der Zweckverband aus Abfällen, die Nutzung des Wasserstoffs sei durch den Einsatz von Bussen im Öffentlichen Personennahverkehr wahrscheinlich sichergestellt. Erst, wenn sich insbesondere im ÖPNV die Nachfrage konkretisiert habe, werde die ZAK GmbH die Realisierung eines Elektrolyseurs angehen. Es hätten außerdem schon ortsan-

sässige Unternehmen Interesse bekundet, ihre dieselbetriebenen Fahrzeugflotten mittelfristig durch wasserstoffbetriebene LKW zu ersetzen.

Bauer, selbst Diplom-Wirtschaftsingenieurin (FH) und vor ihrer Abgeordnetentätigkeit im Antriebsbereich tätig, setzt sich in ihrer Heimatregion in Niederbayern ebenfalls für die Ansiedlung der neuen Technologie ein. Sie bemängelte, dass es bislang keine deutschen Hersteller für serienreife Wasserstoff-Busse oder -LKW gebe: „Bislang gibt es bestenfalls Prototypen. Selbst wenn Busunternehmer und Verkehrsverbände offen gegenüber Kohlendioxid-neutralen Antriebstechnologien sind, werden sie durch die Anschaffungskosten abgeschreckt – diese sind für einen Wasserstoffbus fast drei Mal so hoch wie für einen dieselbetriebenen.“ Es sei leider typisch deutsch, Technologien zu entwickeln, diese aber schlussendlich nicht umzusetzen.

Thomae ergänzte, dass gerade die Umsetzung klimaneutraler Energien und Antriebstechnologien wichtig seien: „Die Bundesregierung versucht, den Klimawandel mittels Strafsteuern zu verhindern – das kann nicht gelingen! Statt Verboten brauchen wir ideologiefreien, technologischen Fortschritt.“ Dass die Große Koalition E-Mobilität dermaßen forcieren, sei ein Fehler, denn dadurch würden andere, vielversprechende Technologien völlig außer Acht gelassen.

Lumer ergänzte, dass die Reaktionen aus der Wirtschaft bei der E-Mobilität verhalten seien, bei Wasserstoff hingegen sei Bereitschaft zum Wandel vorhanden.

Abschließend richtete Lumer noch eine Bitte an die Abgeordneten: Die Abfallwirtschaft müsse von der Kohlendioxid-Steuer beziehungsweise dem Zertifikatehandel ausgenommen werden, immerhin gebe es in der Abfallwirtschaft keine alternativen Brennstoffe zum Müll. „Alles andere ist absurd.“